



**Antworten der
Christlich-Sozialen Union in Bayern e.V. (CSU)
auf die Fragen von
Landesverband Bayerischer Bauinnungen**

- 1. Für 2022 wird ein weiterer starker Anstieg der Baukosten erwartet: Werden Sie die Bauhaushalte um nominal mindestens 10 % erhöhen, um dies zumindest teilweise auszugleichen? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die nicht abgerufenen Jahres-Etatmittel nicht verfallen?**

Antwort:

Die Kommunen sind die entscheidenden Akteure beim Bauen. Wir stehen auch bei Bauthemen fest an der Seite unserer bayerischen Kommunen. Der Etat für den Bereich Wohnen, Bau und Verkehr im Haushalt 2023 beinhaltet ein Plus gegenüber 2022 von 1,29 Milliarden Euro und umfasst insgesamt 5,98 Milliarden Euro. Das sind 27,5 % mehr als im Jahr 2022. Wir als CSU sind uns der Probleme der Branche bewusst und wirken diesen entschieden entgegen. Der Bayerische Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Christian Bernreiter, hat bereits im Juli dieses Jahres Vertreter der Baubranche zu einem runden Tisch eingeladen, um über die problematischen Rahmenbedingungen zu sprechen. Wir als CSU werden in unsicheren Zeiten weiter Vertrauen und Sicherheit für Neubau und Modernisierung schaffen. Der Bund zerstört mit der Einstellung von KfW-Förderprogrammen nicht nur Vertrauen, sondern verhindert ganz konkrete Wohnraumprojekte. Wir erwarten daher von der Berliner Ampel-Regierung deutlich mehr Engagement für eine anhaltende Baukonjunktur.

- 2. Staatliches Bauen „aus einer Hand“ bringt große Effizienzvorteile und Synergien: Werden Sie sich dafür engagieren, ein vollständiges Bauministerium in Bayern zu schaffen, dem der Wasserbau eingegliedert ist?**

Antwort:

Das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr verantwortet essentielle Aspekte, die das alltägliche Leben der Menschen in Bayern maßgeblich beeinflussen. Im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr sind zahlreiche Behörden nachgeordnet. Landesbaudirektionen und Staatliche Bauämter arbeiten Hand in Hand, um alle wesentlichen Bereiche des Wohnens, Bauens und Verkehrs in Bayern für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger effizient abzudecken. Die im Ministerium vereinten Expertinnen und Experten sorgen unter anderem dafür, dass Bauvorhaben möglichst zeitnah, ressourcenschonend und effizient umgesetzt werden. Dies werden wir als CSU auch künftig unterstützen.

3. Werden Sie ein Bauprogramm zur Konjunkturstabilisierung und zur Effizienzsteigerung mit den Bausteinen Nah- und Fernwärmesysteme auf Basis erneuerbarer Energien, energieeffiziente Sanierungen im Gebäudebereich, Sanierung der Verkehrsinfrastruktur, Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf den Weg bringen?

Antwort:

Auch die CSU sieht den Rückgang der Baugenehmigungen, die gestiegenen Baukosten und die hohen Zinsen mit großer Sorge. Anders als die Ampel-Regierung in Berlin, die zuletzt sogar die Neubauförderung eingeschränkt und die Neubaustandards verschärft hat, hat unser Bayerischer Ministerpräsident und Parteivorsitzender Dr. Markus Söder, MdL ein bayerisches Bauprogramm für den Herbst 2023 angekündigt. Dadurch wollen wir die Konjunktur ankurbeln und unsere heimischen Unternehmen unterstützen. Denn: Unsere bayerische Baubranche ist ein Indikator für unsere gesamte Wirtschaft. Die bereits auf den Weg gebrachten Förderprogramme u.a. für den Städtebau oder die Energieeffizienz werden nachhaltig fortgeführt werden. Darüber hinaus muss der Staat die Hürden zur Wohnraumschaffung senken, für energetische Mindeststandards mit Augenmaß sorgen, den geförderten Wohnungsbau stärken, Planungssicherheit für Investitionsentscheidungen geben, den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum unterstützen und auch selbst als Bauherr auftreten.

4. Werden Sie sich für den baustoffneutralen und technologieoffenen Einsatz klimafreundlicher Baustoffe und Bauweisen unter Berücksichtigung der Lebenszyklusbetrachtung der verwendeten Baustoffe und Bauweisen zur Ermittlung des ökologischen Fußabdruckes einsetzen?

5. Was werden Sie unternehmen, um die Akzeptanz gütegesicherter mineralischer Recyclingbaustoffe bei öffentlichen und gewerblichen Baumaßnahmen zu steigern?

Antwort:

Die Fragen 4 und 5 werden gemeinsam beantwortet.

Wir als CSU bekennen uns zu den internationalen, europäischen wie auch zu den ehrgeizigen deutschen und bayerischen Klimazielen. Bayern soll bis 2040 - noch vor dem Bund - klimaneutral werden. Bereits jetzt sind die Anforderungen an Wirtschaft, Gesellschaft und Staat nur mit einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung zu meistern. Klimaschutz gelingt nur mit Technologieoffenheit und im Einklang mit den

Bürgern, nicht über Verbote. In der Baubranche können mit umfassendem Recycling die weltweit steigenden Preise für Baustoffe kompensiert und ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Mit Recyclingmaterialien kann sich Deutschland als rohstoffarmes Land zudem aus der Lieferabhängigkeit lösen, der Preisentwicklung auf dem Bau entgegenwirken und im Sinne der Kreislaufwirtschaft einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass von Holz bis Beton alle Baustoffe in vernünftiger Kombination zusammengebracht werden, sodass sowohl private als auch gewerbliche Gebäude für die Zukunft nachhaltig und energieschonend gebaut werden.

6. Die Bauwirtschaft wird von einer ausgreifenden Bürokratie stark belastet. Im Freistaat setzt sich der neuerrichtete Normenkontrollrat für einen Rückbau der Bürokratie ein: Wie werden Sie den Bayerischen Normenkontrollrat unterstützen, um transparent und effektiv die Bürokratie am Bau abzubauen?

Antwort:

Bürokratie und ein Übermaß an Regulierung gängeln Menschen und Unternehmen, auch und besonders in der Baubranche. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel in Behörden hin zu mehr Ermöglichung und ein echtes Belastungsmoratorium. Wir als CSU wollen ein neues Freiheitsversprechen geben und größtmöglichen Spielraum für eigene Initiativen zurückgeben. Mit Bürokratie-TÜV und Paragrafenbremse haben wir bereits viel in Bayern erreicht. Wir wollen aber noch mehr: Es braucht eine regelrechte Entfesselung durch Entbürokratisierung. Unser Ziel ist ein zweijähriges Moratorium für Verwaltungsvorschriften – im Bund und in Bayern. Wir brauchen nicht mehr Bürokratie, sondern weniger. Außerdem wollen wir eine umfassende „Good Governance“ für mehr freie Ermessensentscheidungen festlegen, mehr Geschwindigkeit durch digitale Verwaltungsprozesse, stärkere Spezialisierung bei Behörden und Gerichten sowie ein Bündnis für Beschleunigung mit Regierungen, Landkreisen und kreisfreien Städten. Der Normenkontrollrat hat unter anderem zur Aufgabe, zu digitalisieren und entbürokratisieren. Dies wird auch der Bauwirtschaft zu Gute kommen.

7. Werden Sie bayernweit digitale Bauanträge ermöglichen und sich dafür einsetzen, dass Bauunternehmen alle in der Verwaltung bereits vorhandenen Projektdaten zur Weiterverarbeitung erhalten und dass digitale Rechnungen (X-Rechnung) und Lieferscheine von der Verwaltung anerkannt werden?

Antwort:

Die CSU möchte eine digitale, effiziente und bürgernahe Verwaltung. Eine moderne Verwaltung wird als Standortfaktor immer wichtiger und ist die Erwartung der Bürger an den Staat. Deshalb streben wir im Freistaat eine umfassende Organisationsreform der Verwaltung an: Wir beenden Doppelstrukturen, vernetzen Behörden, entschlacken Prozesse. Wir sorgen dafür, dass von der kleinsten Kommune Bayerns bis hin zur Staatsregierung durchgehend digital gearbeitet wird. Unser Ziel ist die modernste Verwaltung Europas. Wir sorgen für Bürgernutzen, in dem wir möglichst alle Verwaltungsdienstleistungen flächendeckend digital anbieten. Durch volldigitalisierte Prozesse wird die Verwaltung entlastet. Wir als CSU setzen uns weiter dafür ein, dass der digitale Bauantrag zum Standard in ganz Bayern wird. In einigen Landratsämtern wie Altötting oder Weilheim-Schongau wird der digitale Bauantrag bereits erfolgreich genutzt. Selbstverständlich sollen auch die Anregungen von Unternehmen bei der umfassenden Organisationsreform berücksichtigt werden.

8. Wie wollen Sie die Fachkräftezuwanderung praxistauglich gestalten? Werden Sie sich dafür einsetzen, im Ausland erworbene fachpraktische Tätigkeiten anzuerkennen und für einen pragmatischen Umgang mit (manchmal schwer erbringbaren) Nachweisen und Bescheinigungen zu sorgen?

Antwort:

Die deutsche und bayerische Volkswirtschaft braucht qualifizierte Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften. Die CSU sagt „Ja“ zur Arbeitsmigration, aber „Nein“ zur Aufweichung des Staatsbürgerschaftsrechts. Wir setzen vor allem auf schnellere Verfahren und die verbesserte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen. Wir wollen qualifizierten Fachkräften eine Brücke nach Bayern bauen. Dazu wollen wir neben den schon bestehenden Büros neue Büros in Albanien und bald auch in Bosnien-Herzegowina einrichten. Neben der beruflichen Qualifikation und dem Bedarf unserer Wirtschaft soll künftig die Nähe des Kulturkreises stärker bei der Auswahl der Einwanderer beachtet werden. Wir wollen keine Einwanderung, die uns überfordert oder unsere Sozialsysteme belastet, sondern Einwanderung die uns hilft.